vermittlung für erforderlich. Dazu
- muß die Berechnungsgrundlage für das Minimum an staatlicher Unterstützung anhand eines ausgewiesenen Existenzminimus und definierten Warenkorbes bestimmt werden;
- sollte die staatliche Unterstützung für Bürger während der Zeit der Arbeitsvermittlung im Hinblick auf im Haushalt zu versorgende Familienangehörige differenziert werden;
- müssen Festlegungen getroffen werden, die die laufenden Unterhaltsansprüche Dritter gegenüber Bürgern während der Zeit der Arbeitsvermittlung sicherstellen;
- muß die Zumutbarkeit einer anderen Arbeit eindeutig definiert werden (der Entwurf dieser Definition lag der Arbeitsgruppe Sozialpolitik nicht vor);
- müssen ergänzend Regelungen und Unterstützungen im Rahmen der Sozialfürsorge grundsätzlich überarbeitet werden (z. B. für Bürger mit gestörtem Sozialverhalten).

Die Arbeitsgruppe Sozialpolitik hat sich zum Entwurf der Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld folgende Meinung gebildet:
- Diese Regelung wird grundsätzlich befürwortet, muß aber für Arbeiter und Angestellte von Unternehmen aller Eigentumsformen und Institutionen Anwendung finden können (z. B. darf es im § 7 nicht heißen: "Produktionsgenossenschaften", sondern es mu richtig immer nur "Genossenschaften" heißen).
- Es sind eindeutige Regelungen einschließlich der Klärung der Finanzierung des Vorruhestandsgeldes beim Übergang aus Arbeitslosigkeit in den Vorruhestand sowie bei sonstigen vom Arbeiter bzw. Angestellten "nicht zu vertretender Gründe" (dies muß definiert werden, z. B. Konkurs des Betriebes) zu treffen.
- Diese Vorruhestandsregelung erfordert eine Präzisierung des besonderen Kündigungsschutzes für Vorrentner und Rentner (§ 59 Abs. 1 AGB).

16. Zu gesellschaftlichen Kinderbetreuungsplätzen

Der Runde Tisch unterstützt den Antrag des Unabhängigen Frauenverbandes.

In den letzten Tagen erreichten uns unzählige Hinweise und Mitteilungen von beunruhigten Müttern und Vätern über geplante Schließungen bzw. Reduzierungen von gesellschaftlichen Kinderbetreuungsplätzen.
Wir fordern die Regierung auf, für die Einhaltung bestehender gesetzlicher Bestimmungen (betriebliche und staatliche Gesetzlichkeiten hinsichtlich der Kinderbetreuung) Sorge zu tragen.

17. Aufruf zur Aufnahme sowjetischer Juden in der DDR

Der Runde Tisch unterstützt den beiliegenden Aufruf des Jüdischen Kulturvereins in der DDR, zur Aufnahme sowjetischer Juden in der DDR und bitten den Runden Tisch in diesem Sinne zu entscheiden.

Aufruf zur Aufnahme sowjetischer Juden in der DDR

Seit Wochen hören wir von antijüdischen Pogromdrohungen in verschiedenen sowjetischen Städten. Antisemitische und nationalistische Kräfte haben sich organisiert und bedrohen das Leben von Juden. Diese Entwicklung bedroht nicht nur Menschenleben, sie stellt auch den Erfolg der Perestrojka in der Sowjetunion in Frage.

Eingedenk der Tatsache, daß bei der Judenverfolgung und -vernichtung durch den deutschen Faschismus die ganze Welt zugesehen hat, rufen wir auf, die deutsche Schmach der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Ein talmudisches Gesetz sagt: Lo taamod al dam reecha pekuach nefesh doche et kol hatorah culah. - Alle Gesetze müssen gebrochen werden, wenn ein Leben gerettet werden kann.

Deshalb fordern wir, daß die DDR Voraussetzungen zur sofortigen Aufnahme von sowjetischen Juden, die es wünschen, unabhängig von bestehenden Rechtsvorschriften schafft.

Der Runde Tisch bittet den Ministerrat, auf diesen Aufruf in geeigneter Weise zu reagieren.

Teilnehmer am Runden Tisch am 12. Februar 1990
in der Residenz Schloß Niederschönhausen, Ossietzkystr. Berlin, 1110

CDU	Dr. Rudolf Krause Martin Kirchner Marion Walzmann	Christlich-Demokratische Union Otto-Nuschke-Straße 59/60
DBD	Dr. Wolfgang Meißner Ulrich Junghanns Dr. Juliane Jürk	Demokratische Bauernpartei Deutschlands Behrenstraße 47/48 Berlin 1080
Demokratie jetzt	Ulrike Poppe Konrad Weiß Susanne Gilley (ab mittag)	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
Demokratischer Aufbruch	Dr. Wolfgang Schnur Dr. Uwe Pautz Ulrich Hojczyk (ab mittag)	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
FDGB	Prof. Dr. Karin Schießl Siegfried Sahr	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund Märkisches Ufer 54 Berlin 1020
Grüne Liga	Heidrun Rottenbach Dr. Dietmar Lucht	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
Grüne Partei	Lutz Beyermann Carlo Jordan Andreas Schulze	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
Initiative Frieden und Menschenrechte	Wolfgang Templin Gerd Poppe	Friedrichstr. 165 Berlin 1080
LDP	Wilhelm Kammer Dr. Joachim Emstedt Dr. Hans-Peter Wolf	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands J.-Dickmann-Straße 48/49 Berlin 1086